



Bericht zur Lage der Migranten/Migrantinnen im Landkreis HVL

Ausschusses für Soziales/Bildung/Gesundheit
Rathenow, 01. März 2020





- Trend: Fokussierung auf Thema der Migration → Asyl und Flucht
- räumliche Verlegung des Lebensmittelpunktes spielt seit jeher eine entscheidende Rolle für alle Bereiche des sozialen und gesellschaftlichen Lebens → kausaler Zusammenhang der einzelnen Bereiche erkennbar
- maßgeblich entscheidend für Migration: Push- und Pull-Faktoren
- Integration von Migranten/Migrantinnen als neue Aufgabe von der Makroebene bis zur Mikroebene? Nein!!!
- aber: Bewusstseinsänderung und neue Methoden und Wahrnehmungen
- Ziel: Betrachtung der Lebenslagen von ausländischen Personen im Landkreis in Hinblick auf Integrationschancen- und -barrieren



1. theoretische Vorarbeit
2. Klassifizierung von Handlungsfeldern bzw. Lebenslagen
3. Aufbereitung der einzelnen Lebenslagen gemäß einer aktuellen Ist-Analyse
4. Bewertung der Ist-Situationen und Ableitung von Bedarfen bzw.
Herausfiltern von Lücken und Problemlagen
5. Handlungsempfehlungen im Rahmen der bedarfsorientierten
Weiterentwicklung erstellen
6. Gesamtbetrachtung und Erstellung von Entwicklungsüberlegungen



- Begriffsbestimmungen: Migration; Migranten; Aufenthaltsstatus
- hohe Diversität im Rahmen von Migranten und Migration → dennoch Einigkeit in Bezug auf Integrationsprozesse
- soziale Eingliederung keine Einbahnstraße sondern Wechselwirkungsprozess: **Sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die zugewanderte Person müssen jeweils ihren Beitrag leisten, um eine soziale Eingliederung überhaupt möglich zu machen!**
- so divers die Personen so divers auch die Maßnahmen, Ansichten und Beiträge zu diesem Prozess



- Identifikation von Indikatoren im Rahmen des Integrationsprozesses:
 - Sprache und Bildung
 - Arbeit und Beschäftigung
 - Wohnen
 - Kultur/Freizeit/Sport
 - Gesundheit
 - Beratungsangebote/Interessensvertretungen/Selbstorganisationen
- starke Konvergenz der Indikatoren/Handlungsfelder zueinander und maßgebliche Beeinflussung untereinander





- Einwohner: 165.849 (Stand 31.03.2020)
- Demografischer Wandel = teils weitreichende Probleme für Bevölkerungsversorgung und Wirtschaftskraft
- daher: Thema der heterogenen Gesellschaft und Diversität, auch mit dem Aspekt der Interkulturalität, zunehmend von Bedeutung für Entwicklung
- Ausbau von Pull-Faktoren zentral → z.B. Aufbau von Betreuungs- und Beratungsangeboten für Familien, Breitbandausbau, der Ausbau des ÖPNV, gezielte Anwerbung von Arbeitskräften (auch aus dem Ausland)

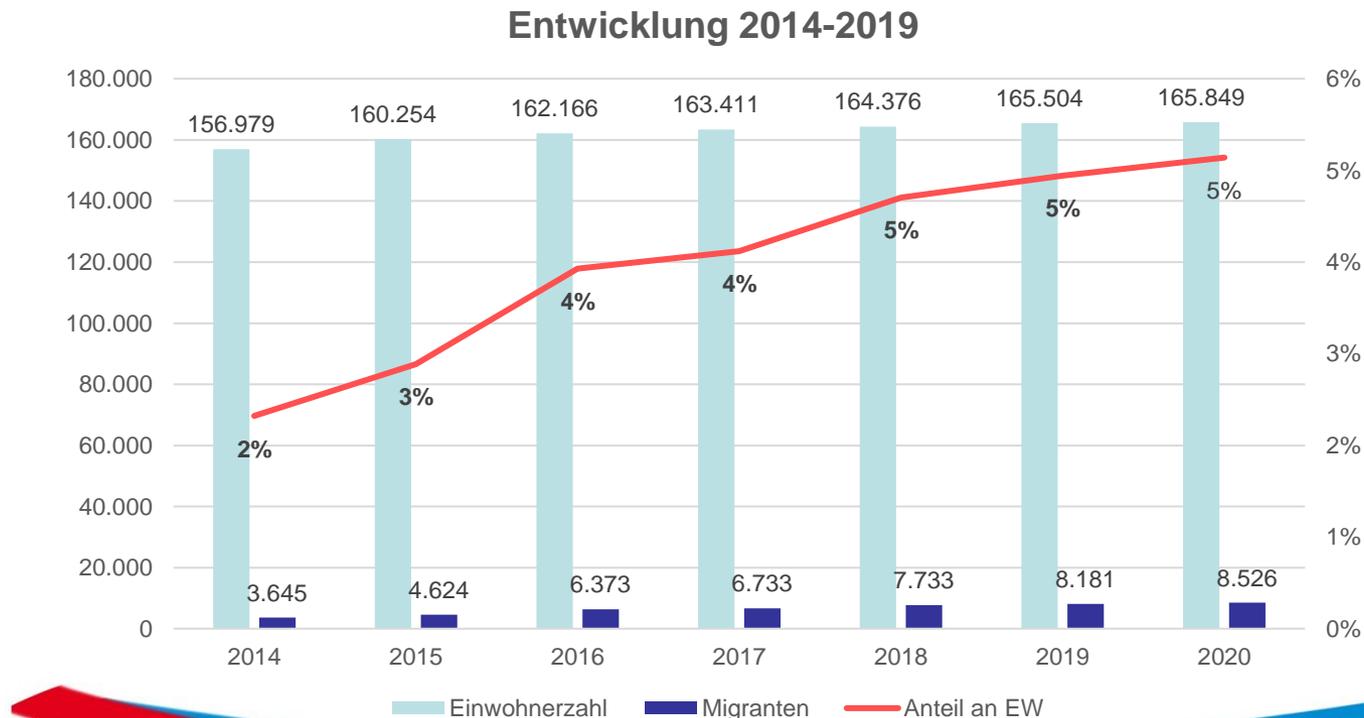


positive Beeinflussung Landkreisentwicklung



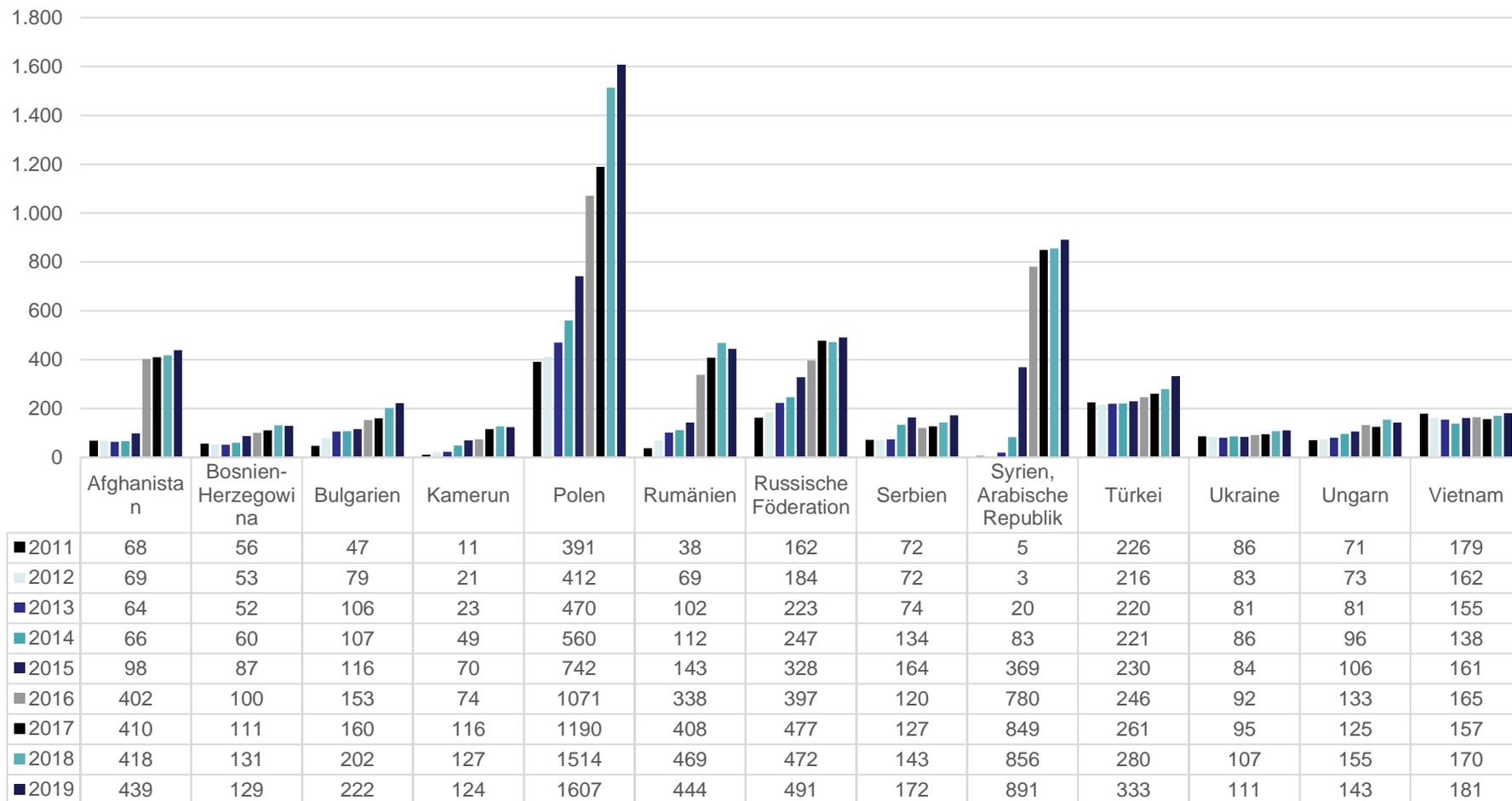


- derzeit 8.526 Migranten/Migrantinnen mit 126 bekannten nationalen Herkünften (Ausländerzentralregister-Statistik vom Stand 31.03.2020)
- gemäß EW-Zahl = 5,15% Anteil (56,16% männlich und 43,79% weiblich)





Entwicklung nach Herkunftsländern 2011-2019





- weiterhin mit Zunahme des ausländischen Bevölkerungsanteils zu rechnen
- Großteil der Entwicklungszunahme geprägt von EU-Bürgern aufgrund von Arbeitsaufnahme und Personen aus Flucht- und Asylgründen
- anhand aktueller Trends: Zunahme der Migrantenzahl wird im Wesentlichen auf EU-Staaten oder Drittstaaten mit Visumsberechtigung zur Arbeitsaufnahme zurückzuführen sein
- aber: Verschiebung bzw. zeitliche Unterbrechungen und evtl. Trendwechsel aufgrund der Corona-Pandemie





- Sprache und Bildung = zentrale Grundbausteine für den weiteren Lebensweg



zentral für alle anderen Handlungsfelder

„Sprache, Sprache und nochmals Sprache“





- große Diffusität bei sprachlicher Basis und Zugangsmöglichkeiten zum Erwerb von Deutschkenntnissen
- Zertifizierung/Steuerung der Kurse/Kursträger durch BAMF: aktuell 5
- grundsätzlicher Anspruch auf einmalige Teilnahme am Integrationskurs für alle mit Aufenthaltserlaubnis in Deutschland lebenden Ausländer
- Kostenbeitrag Integrationskurs: 1,95 Euro / Stunde = ca. 1.365 Euro
- Sprachkurse jederzeit bei Eigenfinanzierung unabhängig möglich
- zusätzliche ehrenamtliche Angebote: z.B. Familiencafé AWO; B 84 usw.
- Kinder und Jugendliche: Schulpflicht



- Wartezeiten und Fahrtwege für spezifische Sprachkurse möglich
- seit 2015 sehr starke fokussierte Fokussierung auf Asylbewerber/Flüchtlinge bei haupt- und ehrenamtlichen Angeboten
 - ↳ Folge: andere Migrantengruppen finden kaum Beachtung
- haupt- und ehrenamtliche Anbieter reagieren zunehmend auf Bedarfslagen
- Schaffung spezifischer Angebote für z.B. Frauen
- erhebliche Defizite der Angebotsstruktur und –nutzung innerhalb des Clusters der ausländischen Personen
- Gründe: Kommunikationsfluss; Vorbildung; Einreisemodalitäten



- erheblicher Bedarf an spezifischen Angeboten für Migrantinnen um Sprach- und Bildungskurse wahrzunehmen
 - alternative Angebote für Frauen von zentraler Bedeutung
- Bedarf an spezifischen Angeboten für Migranten die nicht als Asylbewerber in den Landkreis Havelland eingereist sind
 - z.B. Abendkurse oder Wochenendkurse; berufsbezogene Kurse
- 4 zentrale Aspekte: Sicherstellung der Kindertagesbetreuung auch für Migranten/Migrantinnen; genderspezifische Angebote; spezielle Angebote für berufstätige Personen, insbesondere für Einwanderer im Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes; kommunale Steuerung der Sprachangebote anstelle einer Steuerung durch das BAMF



- Arbeit = Schlüssel zur selbstständigen Lebensführung und Unterhalt zur Versorgung
- Problemfelder:
 - Sprachbarrieren
 - Anerkennung bereits gemachter Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen
 - große inhaltliche Unterschiede vorheriger Bildung und Ausbildung



- LK HVL: 6.562 Personen im erwerbsfähigen Alter (Stand 31.03.2020)
- EU-Bürger = 2.989 Personen zwischen 15 und 65 Jahre: ca. 92,94% (2.778 Personen) voll erwerbsfähig und 7,06% (211 Personen) SGB II-Bezug
- Anteil EU-Bürger an Gesamtzahl: 42,34 %
- 18,10 % (1.188 Personen) AE aufgrund einer Beschäftigung oder Niederlassungserlaubnis  insgesamt 60,43% erwerbstätig
- 1.024 Personen Asylbewerber/Duldung und 1.141 SGB II-Bezug aus Asylherkunftsländern = 36,2% erwerbslos
- Restliche 220 Personen: keine stichhaltigen Aussagen möglich



- signifikanter Zusammenhang Erwerbstätigkeit und Einreisebedingungen
- 56,9% der Erwerbslosen Möglichkeit der Arbeitsaufnahme
- größten Barrieren hier: fehlende Sprache und Vorbildung; fehlende zertifizierte berufsbezogene Abschlüsse; inhaltliche und fachliche Unterschiede bereits gemachter Abschlüsse in den Ländern
- oftmals fehlende interkulturelle Kompetenz der Arbeitgeber
 1. Grundsätzliche Angst, Zurückhaltung, Skepsis
 2. Ausbeutung durch Arbeitgeber durch z.B. Knebelverträge
- Gründe: fehlende Erfahrung; Berufsanerkenntungsverfahren; unzureichende Sprachkenntnisse bzw. Argwohn und Lohndumping



- fehlende Unterstützungsmöglichkeiten für Unternehmen bei berufsbezogenen Sprachangeboten → Eigenverantwortung/-finanzierung
- Leitfaden / Integrationskonzept als politische Positionierung und als Richtungsweisung sinnvoll und nötig = Roter Faden für alle Bereiche
- mangelnder Informationsfluss muss behoben werden → mehr Transparenz für Alltagsfragen, Zuständigkeiten und richtige Ansprechpartner
- Übersicht notwendig für ausländische Personen
- Landkreis und Gemeinden als gutes Beispiel voran: Einführung von eigenen Programmen für Ausbildungen oder zur Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften in den eigenen Einrichtungen



- Wohnen = Menschenrecht der zweiten Generation
- Recht auf Wohnen = hohes Gut
- Wohnen = unabhängig von nationaler Herkunft und für alle Menschen gleichermaßen geltend



gleiche Rechte und Pflichten für alle

Wohnen ist ein Menschenrecht und ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen!



- freie Entscheidung und Verantwortung der Wohnungssuche → eigene Finanzierung und Ausstattung wie für alle Bürger gleichermaßen
- SGB II – Leistungsbezug identisch zu Einheimischen: 1.141 ausländische Personen aus Asylherkunftsländern (Stand 31.03.2020)
- Personen nach AsylLG in Übergangwohnheimen und Wohnungen untergebracht und versorgt: 1.195 Personen Stand Juni 2020
- AsylLG: 907 Personen in Übergangwohnheim; 270 in Wohnungen
- Spezielle Beratungsangebote für ausländische Personen: Jobcenter für SGB II-Bezug, AFP Wohnraumberatung, AWO Migrationsberatung





- geringe Eingriffsmöglichkeiten bei Wohnraumvermietung
- Probleme bei Wohnraumsuche: Mietpreissteigerungen, Mangel an billigen Wohnraum, Argwohn, dürftige ÖPNV-Anbindung, fehlende Anbindung struktureller Netzwerke, Sprachbarrieren, fehlende finanzielle Rücklagen
- Privatsphäre, Rückzugsort und Sicherheitsgefühl für alle Migranten gleichermaßen von zentraler Bedeutung → wichtig für gelingende Integration
- Konfliktpotential mit Nachbarn aufgrund unterschiedlicher Lebensweisen
- Nachbarschaftskonflikt minimierbar durch rechtzeitiges Eingreifen und Vermittlung auf Augenhöhe



- Problemfelder: Wohnraummangel für bezahlbaren Wohnraum, Barrieren bei Wohnungssuche, Wohnraum behalten
- Wohnraummangel: fehlender Wohnraum mit angemessener Größe für Familien, Mietpreissteigerungen → Sozialwohnungen nötig!
- Städte/Gemeinden könnten selbst sozialen Wohnungsbau fördern
- Kontroverse eigene Erwartungen der Migranten und tatsächliche Wohnraumangebote und –möglichkeiten
- nötig: Ausweitung der Unterstützungsmöglichkeiten und Netzwerke auch in ländlichen Raum als Anreiz zum Niederlassen
- Optionen: Lotsendienste, direkt zuständige Ansprechpartner vor Ort (= Dorfkümmerner)



- nicht alle Migranten gleichermaßen von den Problemfeldern betroffen
- hauptsächlich: Personen aus Asylbereich problembehafteter
- mögliche Gründe: Einreise- und Aufenthaltsbedingungen, höheres Selbstempowerment und Eigenverantwortung aufgrund von eigenständiger Versorgungsnotwendigkeit



mehr Kompromissbereitschaft + niedrigere Ansprüche

- Überfürsorge führt zu Antriebslosigkeit und verzerrtes Realitätsbild
- Lösung: Fürsorge runterfahren und Eigenverantwortung hochfahren
- denn: Alltagsbewältigung muss nach Anerkennung auch allein stattfinden



Aufwandsminimierung bei Nachbetreuung





- Wohnraumerhalt wichtig zum Lebensunterhalt
- Konfliktvermeidung aufgrund verschiedener Gewohnheiten unabdingbar
- wichtig: fester Ansprechpartner (Ombudsstelle)
- Möglichkeit: fester Ansprechpartner speziell herfür bei Beratungsstellen als Vermittlung und Experten
- präventive Workshops und Schulungen für ausländische Mieter und auch Vermieter für richtigen interkulturellen Umgang seitens Fachberatungsstellen
- Beispiel: Mietführerschein mit verschiedenen Modulen
- BAMF muss in Sprachkursen Schulungsinhalte anpassen und verpflichtende Inhalte in Lehrplan für Wohnen und Umgang mit Nachbarschaft einbauen



- Aktivitäten im Bereich Freizeit, Kultur und Sport = individuell geprägt
- gemeinsame Freizeitgestaltung = zentrale Bausteine der Interaktion, Kommunikation und Integration
- Entwicklung sozialer Kontakte und Bindungen → bestimmen das Ankommen in der Gesellschaft und Integration
- bedarf Austausch mit Einheimischen
- dadurch: Steigerung der gegenseitigen Akzeptanz und Verständnis für andere Gewohnheiten und Abbau von Barrieren





- breite Fächerung an Angeboten im ganzen Landkreis
- allgemeine Angebote und spezifische Angebote für Migranten: z.B. Begegnungsstätten von Willkommensinitiativen
- trotz Interkulturalität starke Fokussierung auf Asylbereich bei Angeboten
- religiöser Austausch oftmals wichtig als Freizeitgestaltung: evangelische und katholische Kirchengemeinden; Moschee für Islamgemeinde; Gruppen von Buddhisten, Juden, Jesiden und Aleviten
- Migrantenselbstorganisationen als Anlaufstelle: Islamischer Kulturverein; Vietnamesischer Verein; kurdische Gemeinde; Gruppe der Spätaussiedler; somalische Gemeinde
- Migranten nehmen allgemeine Angebote weniger wahr als Einheimische



- breites Angebot und stetige Aktualisierung im Landkreis
- interkulturelle Öffnung und zielgerichtete Angebote für alle Migranten gleichermaßen bisher weniger berücksichtigt
- trotz Angebotsentwicklung starke Cluster und keine Anbindung an allgemeine Regelangebote
- teils zu starke einseitige Fokussierung auf Asyl- und Fluchtbereich
- Loslösung der Communities = hemmend für Integration
- Kontroverse der Migranten: Rückzug in Community und Erhalt der eigenen Kultur/Traditionen vs. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- innerer Zwiespalt muss geschlossen werden für gelingende Integration



- interkulturelle Öffnung von bestehenden Angeboten und gezielte Werbung bei zuständigen Akteuren wie z.B. Bürgerservicebüro
- Angebote sichtbar und transparent machen → mehrere Sprachen!
- auch Öffnung der Communities und Begegnungsstätten wichtig und Anbindung an Regelstrukturen
- größtes Handlungsfeld: Fokussierung auf alle Migranten gleichermaßen
- Anzahl an niedrigschwelligen Communities in der Realität vermutlich höher als bekannt
- alle Angebote müssen auf alle Migranten ausgerichtet sein → Heterogenität



- Grundsätzlich: Bedarf eines „Roten Fadens“
- Integration vor Ort in kreisangehörigen Städten/Gemeinden → bedarf aber übergeordnetes Konzept als Richtungsweisung für Maßnahmen
- Wichtig hierbei: Fokussierung auf alle Migranten gleichermaßen



bisher zu wenig Beachtung aber kann mit Integrationskonzept messbar reguliert werden



- Gesundheit = höchste Gut jedes Lebewesens
- wichtigster Punkt im Leben unabhängig von nationaler Herkunft oder religiöser Gesinnung
- höchste Ziel jedes Menschen: Erhalt der Gesundheit
- Gesundheit steht im Wechselwirkungsprinzip zu den anderen Indikatoren
- Erhalt der Gesundheit = oberstes Gut nach geltendem Recht für alle Menschen gleichermaßen

Der Mensch ist primär wichtig, nicht seine Herkunft.



- fehlende Datenlage aufgrund Gleichbehandlungsgebot aber dennoch Spezifikationen bei ausländischen Personen erkennbar
- unterschiedliche Nutzung der Gesundheitsangebote je nach Vorbildung
- gleiche Rechte wie Einheimische → Krankenversicherung entscheidend
- Zunahme der Fallzahlen bei psychosozialen Angeboten, Suchtberatung und Schwangerenkonfliktberatung durch vermehrten Zuzug aus Drittstaaten
- spezifische Beratungsangebote für Migranten zusätzlich im Bereich gesundheitspolitische Bildung, Präventivarbeit und Sprachmittlung
- keine Übersetzung Infos auf mehrere Sprachen; keine Checkliste mit Ansprechpartnern und Angeboten für Landkreis



- enormer Bedarf an Informationsmaterial mit Ansprechpartnern auf mehreren Sprachen
- Transparenz der Ansprechpartner und Zugänglichkeit für alle Migranten
- bedarf für den Landkreis spezifische Check-Liste und Leitfaden mit allen Anlaufstellen als Wegweiser
- Sprachbarriere vor Ort großes Problem → Sprachmittler oft unvermeidbar und bessere Variante
- aber: Problem der Finanzierung und Einsatz von zertifizierten Sprachmittlern wegen Datenschutz
- ehrenamtliche Multiplikatoren finden zu geringen Einsatz



- Handlungsfelder: fehlende Informationen in Herkunftssprache; fehlende Orientierung und Ansprechpartner; unzureichende Fokussierung auf alle Migranten; hohe Sprachbarriere
- fehlende Integrationskonzepte als Leitlinie auf Landkreisebene und städtischer/gemeindlicher Ebene → Nachholbedarf
- regional spezifische Wegweiser und Check-Listen notwendig
- hilfreich und wichtig um alle Migranten in den Fokus zu rücken und Personenkreis der Asylbewerber/-innen nicht zu bevorzugen



- Abbau Sprachbarriere von zentraler Bedeutung
- vermehrter Einsatz von ehrenamtlichen Sprachmittlern wichtig
- Zugang für alle zu Ehrenamtlichen muss gewährleistet werden: z.B. in Form eines Sprachmittler Pools auf ehrenamtlicher Basis
- bedeutsam, da so alle Migranten gleichermaßen Unterstützung finden würden
- alternativ: Budgetpool für Einsatz von zertifizierten Sprachmittlern
- aber: Zugang muss für alle gleichermaßen gewährleistet werden und geringe Anzahl der Zertifizierten führt zu langen Wartezeiten bzw. geringe Einsatzmöglichkeiten

Beratung; Interessensvertretung; Selbstorganisation



- Vielzahl an Anlaufstellen für Auskunft und Hilfe in den verschiedensten Lebenslagen
- Beispiele: Verbraucherschutz, Wohnraumberatung, Pflegestützpunkt, Familienberatung zur Familienhilfe
- explizite Angebote auch für spezifische Bedarfe wie z.B. Eltern, Menschen mit Behinderung, Senioren oder Migranten

Beratung; Interessensvertretung; Selbstorganisation / Ist-Analyse



- neben Regelangeboten auch Etablierung zusätzlicher Spezialangebote
- Migrationsberatung wesentlicher Bestandteil: Migrationsberatung AWO für erwachsene Zuwanderer; Fachberatung Migration Internationaler Bund; Migrationssozialarbeit der AWO Betreuungsdienste
- Interessensvertretungen: Landkreismigrationsbeauftragte; Migrationsbeauftragte Stadt Falkensee
- 5 Selbstorganisationen im Landkreis: Islamischer Kulturverein; Vietnamesischer Verein; Spätaussiedler; kurdische Gemeinde; Somalische Gemeinde
- teils auch lose Zusammenschlüsse von z.B. heterogenen Frauengruppen

Beratung; Interessensvertretung; Selbstorganisation / Ist-Analyse



- Herausbildung Arbeitsgruppen und Initiativen als Unterstützung: z.B. AG migrantische Selbstorganisation unter Leitung der Migrationsbeauftragten
- Willkommensinitiativen: B84 Falkensee; Initiativen Rathenow, Schönwalde und Nauen
- durchgehend Schwerpunkt bei Personen aus Asyl- und Flüchtlingsbereich
- Großteil der Migranten (65,89%) nur AWO Migrationsberatung als Anlaufstelle → Rest hat sowohl AWO Migrationssozialarbeit als auch IB
- gleiches auch bei Ausrichtung Willkommensinitiativen und gegründeten Selbstorganisationen → Initiativen fast ausschließlich auf Personen aus Asylbereich konzentriert

Beratung; Interessensvertretung; Selbstorganisation / Bedarfe



- Grundsätzlich: zu starke Personenclusterung
- Unverhältnismäßige Aufteilung der Angebote hinsichtlich Asylbewerber und Nicht-Asylbewerber im Beratungsbereich
- Selbstorganisationen und Initiativen bilden starke Personencluster mit Bezug zu Asylbewerbern
- Keine heterogene Aufstellung von Vertretungen, Communities, Beratungen oder Initiativen
- Arbeitsgruppen ebenso zu personenzentriert aufgestellt und keine Heterogenität
- Beauftragte wenig Eingriffsmöglichkeiten aufgrund mangelnder Ressourcen

Beratung; Interessensvertretung; Selbstorganisation / Empfehlung



- Migrationsberatungsstellen bei Nicht-Asylbewerbern bekannt und transparent machen → z.B. Flyer/Merkblätter bei Anlaufstellen wie Ausländerbehörde oder Einwohnermeldeamt
- feste Ansprechpartner für Migrationsanliegen lokal vor Ort → z.B. durch Einsatz von ehrenamtlichen bereits integrierten Migranten
- Ausweitung der Interessensvertretung flächendeckend im gesamten Landkreis → 2 Beauftragte mit 50% Stellenanteil nicht ausreichend
- Erstellung eines Integrationskonzepts als übergeordnete Leitlinie mit Zielsetzungen und als Wegweiser bzw. Richtungsweiser



- 3 wesentliche Aspekte über alle Lebensbereiche hinweg:
 1. Es fehlt an Kommunikation und weitreichende Informationsstreuung
 2. Alle Lebensbereiche agieren für sich und es fehlt an koordinierter Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer Strukturen und Ziele
 3. Die Integration von Migranten steht zu wenig im Fokus und wird lediglich auf Asylbewerber/-innen beschränkt
- fehlt ein gemeinsamer „Fahrplan“/Leitfaden seitens des Landkreises und der Städte/Gemeinden → roter Faden mit Zielen und Maßnahmen
- wichtig: lokale Integrationskonzepte anhand der Strukturen und Ressourcen unter übergeordneten Leitfaden auf Landkreisebene



- Verschiedene Szenarien seitens Erfahrungen anderer Kreise denkbar
- Vorschlag: festes Steuerungsteam als koordinierende Stelle auf Landkreisebene für Leitfaden
- Team: Migrationsbeauftragte; Dezernent D II; Internationaler Bund; Hr. Leist AWO; 2-3 Migranten/-innen
- Entwicklung von Leitgrundsätzen und übergeordneten Zielen
- Runterbrechung und Detaillierung der Ziele in lokale Integrationskonzepte unter Leitung eines dort ansässigen Teams mit ähnlicher Zusammensetzung

Integration ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur gemeinsam zu meistern!



Anne-Christin Kubb
Integrations- und Migrationsbeauftragte

Landkreis Havelland
Dezernat II

Platz der Freiheit 1
14712 Rathenow

Tel. 03385 551 – 1231
Fax 03385 551 – 31231
Email anne-christin.kubb@havelland.de